



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Janosch Pastewka: Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik 1918–1933.

Ostfildern: Thorbecke, 2018 (= Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage, Band 3), 349 S., Ill., ISBN: 978-3-7995-8462-3

Pastewka schließt mit der Erforschung des Parlamentarismus Sachsens in der Weimarer Republik eine Lücke. Allein das wäre schon genug Rechtfertigung für diese Studie, die als Dissertation 2017 bei Josef Matzerath in Dresden vorgelegt wurde. Doch dem Autor gelingt es zudem, die bisherige Auffassung, dass im Sachsen der 1920er Jahre der Klassenkampf vorgeherrscht habe, gründlich zu widerlegen. Bereits der klug gewählte Titel der Studie „Koalitionen statt Klassenkampf“ dokumentiert die Grundthese, dass es im sächsischen Landtag wiederholt zu versuchten und mehrfach zu erfolgreichen Koalitionsbildungen kam. Landtagsgeschichte als Koalitions-geschichte – hier entsteht ein anderes Gesicht des Parlamentarismus der 1920er Jahre, der ja im Hinblick auf den Reichstag, unzulässig verallgemeinernd, als eine der Ursachen für den Untergang der ersten deutschen Demokratie angesehen wird, weil er polarisiert, zersplittert und zerstritten gewesen sei.



Im Unterschied zu anderen Landesparlamenten, in denen seit der Pionierstudie von Horst Möller über Preußen (1985) in den letzten Jahren grundlegende Arbeiten erschienen sind (Braun über Baden, 2009; Leimbach über Thüringen, 2016), gab es für Sachsen bisher nur Überblicke oder speziellere Arbeiten über die Verfassungsdiskussion (Frackowiak, 2005), die Sozialdemokratie (Rudolph, 1995) oder die Landtagsarchitektur (Denk/Matzerath, 2000). Dies ändert nun die Untersuchung von Pastewka. Er stellt die grundsätzliche Frage, „wie eine parlamentarische Institution mit langer Traditionsbehauptung auf die grundlegenden Veränderungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs reagierte“ (S. 17). Dabei nimmt er insbesondere auch die neuen Weimarforschungen in den Blick, die sich nachdrücklich von den früheren teleologischen Deutungen der Zeit vor 1933 distanzieren. Weimar müsse „von vorne“ betrachtet werden und nicht vom Ende her; denn dabei soll vor allem der „Erwartungshorizont“ der Zeitgenossen berücksichtigt werden (S. 25).

Bei Pastewka steht das Parlament ganz im Zentrum der Studie, im Grunde liest sie sich wie ein Band von Gerhard A. Ritters „Handbuch des deutschen Parlamentarismus“. Diese Anmutung eines handbuchartigen Überblicks bestätigt auch der Aufbau des Buches. Der Verfasser nutzt dabei das metaphorische Bild des Theaters, indem er zunächst die „Bühne“ (den Tagungsort und den „Alltag“), dann die „Schauspieler“ (die Fraktionen und Abgeordneten) und schließlich das „Stück“ (die Entwicklung in „Zeitschnitten“) nacheinander vor Augen führt (S. 26). Die Einsichten, die er dabei gewinnt, sind spannend und weiterführend; sie erfüllen in großen Teilen das, was

man zu Recht eine politische Kulturgeschichte des sächsischen Parlamentarismus nennen darf. Besonders im ersten Teil, der Beschreibung und Analyse der „Bühne“, gelingen Pastewka bemerkenswerte und zum Teil originelle Blicke in das parlamentarische Innenleben, so in seinen Ausführungen zur Topographie, über den „Weg zum Landtag“ oder den „Weg des Papiers“. Dass Abgeordnete beispielsweise nicht selten mit dem Fahrrad zum Landtag kamen, dass fast 14.000 Petitionen den Landtag in 14 Jahren erreichten oder dass der Bildschmuck in den Räumen aus der Dresdener Gemäldegalerie stammte, zählt zu den bisweilen kuriosen, auf der praktischen wie symbolischen Ebene gleichwohl nicht bedeutungslosen Erkenntnissen.

Pastewka erörtert weiterhin, wie der sächsische Landtag in Fraktionen und Ausschüssen organisiert war. Beim Blick auf die knapp 100 Abgeordneten fällt ins Auge, dass es in Sachsen aufgrund der konfessionellen Ausrichtung – anders als sonst – keine katholische Volkspartei also kein „Zentrum“ gab. Neben der starken, aber anfangs gespaltenen Sozialdemokratie und den liberalen Parteien der bürgerlichen Mitte (DDP, DVP) spielten die antirepublikanischen Fraktionen von DNVP, KPD und später NSDAP einflussreiche Rollen. Bemerkenswertes „Alleinstellungsmerkmal“ ist zudem, dass in Dresden bürgerliche „Kleinparteien“ „erstmalig oder im reichsweiten Vergleich am erfolgreichsten operierten“ (S. 76). 1930 entsandten elf Parteien Abgeordnete in den Landtag, vier erlangten nicht einmal Fraktionsstatus. Damit erwies sich das Dresdener Parlament in Sachen Zersplitterung als das Spiegelbild des Berliner Reichstags.

Pastewka schaut auch auf einzelne Landtagsräume wie die Bibliothek und den Erfrischungsraum, in denen Kommunikation, bisweilen auch „schmutzige politische Geschäfte“ (S. 83) stattfanden. Festliche Essen wie einst im alten Ständehaus waren verpönt, dafür hielt aber das Angebot diverse Alkoholika und Rauchwaren zur Entspannung bereit. Der Plenarsaal selbst war für die Bauzeit 1907 typisch in dunklem Eichenholz ausgestattet mit Allegorien auf die Monarchie im Sitzungssaal, während für demokratisch-republikanische Symbole wie die Reichsfarben kein Platz blieb. Pastewka achtet auch auf Sitz- und Redeordnung sowie Sprache im Parlament. Hier stellt er zunächst fest, dass sich durch die neu eingeführten Redezeitbegrenzungen ein „Wandel vom Redeparlament zum Arbeitsparlament“ (S. 95) vollzogen habe. Die Überzeugungsrede sei hinfällig geworden, weil die eigentlichen Entscheidungen zuvor in den Ausschüssen gefallen seien.

Zuletzt beschäftigt Pastewka sich mit den „Anomalien“ (Feiern und Stören) sowie mit den Besuchern und der Presse. Bemerkenswert ist hier, dass bei einer „an performativen Ritualen eher armen Kultur“ (S. 104) es durchaus ein republikanisches Zeremoniell zur Inszenierung gegeben habe, wie er anhand der Feierlichkeiten zum Tode Friedrich Eberts 1925 nachweist. Dagegen habe sich der Landtag im Allgemeinen eher „medienscheu“ verhalten; anders als im Reichstag war zum Beispiel das Fotografieren untersagt. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl habe es im sächsischen Landtag kaum gegeben; wie in Staat und Gesellschaft Weimars insgesamt dominierte die politisch-weltanschauliche Spaltung.

Im zweiten (kürzesten) Teil der Studie kommen die „Koalitionäre“ zur Sprache, ihr Sozialprofil sowie die Konturen „liberaler Netzwerke“. Bei den insgesamt 346 Landtagsmitgliedern in allen Legislaturperioden zeigt sich der soziale Wandel vom Honoratioren- zum Parteienparlament deutlich. Auffällig waren die „Berufspolitiker“ vor allem im linken politischen Spektrum wie auch die ersten 19 Parlamentarierinnen, unter ihnen die Demokratinnen Julie Salinger und Else Ulich-Beil. Bei den Berufsgruppen stellt der Autor weiter eine markante Proletarisierung heraus, die zu Lasten der Wirtschaftsbürger und der Angehörigen freier Berufe gegangen sei. Die Entscheidung für die Vorstellung der liberalen Netzwerke begründet Pastewka damit, dass hier am nachdrücklichsten für den Ausgleich und damit die Koalitionsbildung zwischen den Lagern von Sozialdemokratie und Bürgertum geworben worden sei. Drei besonders profilierte Protagonisten stellt er als „Befürworter sozialliberaler Koalitionen“ (S. 140) und zeitweilige sächsische Minister im Porträt vor: Oskar Günther (DDP), Richard Seyfert (DDP) und Bernhard Blüher (DVP).

Im dritten Teil der „Zeitschnitte“ gibt Pastewka einen detaillierten Überblick über rund 14 Jahre sächsischer Parlamentsgeschichte, wobei er sich insbesondere um die Frage der komplizierten Koalitionsfindung(en) kümmert. Grundlegend sei, dass man es allein aufgrund der verfassungsrechtlichen Aussage, die Regierung sei vom „Vertrauen“ des Landtags abhängig (Art. 17 WRV), um eine wirkliche Demokratie gehandelt habe, in der die Exekutive der Legislative untergeordnet sei. Die Wahl der Zeitschnitte ergab sich aus den tatsächlich zustande gekommenen sozialliberalen Koalitionen 1919/20 und 1924/26 sowie aus dem letzten gescheiterten Versuch im Jahr 1930. Gerade die zweite Koalition erwies sich letzten Endes als stabilste parlamentarische Phase in Sachsen. Hier wurde der Landtag ordnungsgemäß geschlossen und nicht aufgelöst. Und hier regierte eine Koalitionsregierung aus SPD, DDP und DVP, die der reichsweiten „Weimarer Koalition“ mit Ausnahme des fehlenden Zentrums als Koalition der Mitte noch am nächsten kam. Fast unter geht der Streit um die Reichsexekution in Sachsen Ende 1923, weil hier der Landtag in einer nahezu passiven Rolle verblieb.

Pastewkas Studie ist auf sehr breiter Quellenbasis entstanden und ausgesprochen gründlich und umsichtig gearbeitet. Nur wenige Punkte bleiben kritisch anzumerken: Aus Sicht der klassischen Parlamentsgeschichte geht der Autor zu wenig auf die Landtagswahlen ein, die allenfalls am Rande erwähnt werden. Ebenso wenig erfährt der Leser über das Verfahren der Abstimmung, das nun einmal zu den wichtigsten parlamentarischen Verfahren zählt. Aber jenseits dieser Monita setzt Pastewka Maßstäbe, wie eine moderne Studie zum Länderparlamentarismus im 20. Jahrhundert aussehen kann. Sie ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Demokratie in der Weimarer Republik.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

